



**Vortrag und Diskussion
Prof. Dr. Christoph Butterwegge
Uni Köln**

**am 31. August 2009
um 14.00 Uhr
Saal im Gewerkschaftshaus
Wilhelmstraße 5
Braunschweig**

V.i.S.d.P.: Achim Barchmann, DGB Region SON
Wilhelmstraße 5, 38100 Braunschweig



Armut in einem reichen Land

Prof. Dr. Christoph Butterwegge*

„Armut“ gehört zu den Begriffen, die zwar fest im Alltagsbewusstsein verankert sind, unter denen aber jede/r etwas anderes versteht. Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben. Sie beraubt Menschen ihrer materiellen Unabhängigkeit und damit der Freiheit, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. Wenn man die Armut als extremste Ausprägung der sozialen Ungleichheit und als einseitige Negation der Bedarfsgerechtigkeit begreift, gerät neben den Betroffenen das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem als Verursacher in den Blick. Zwar können individuelle Lösungsansätze im konkreten Einzelfall helfen, Armut zu lindern, sie greifen jedoch zu kurz, wenn es darum geht, deren Entstehungsursachen zu beseitigen.

Die gegenwärtige Dramatik der Armut wird erst verständlich vor dem Hintergrund einer verschärften Weltmarktdynamik. Man kann von „Globalisierungsarmut“ als einem neuen Armutstyp sprechen. Während die Gewinner der neoliberalen Modernisierung unvorstellbaren Reichtum anhäufen, dringen die Armut und die Angst vor sozialem Abstieg bis in das Zentrum der Gesellschaft vor. Einerseits reicht das Armutsrisiko bis in die Mittelschicht hinein, was sich in der Überschuldung von Existenzgründer(inne)n und Selbstständigen genauso manifestiert wie in den prekären Lebenslagen jener Menschen, die fürchten müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und praktisch über Nacht unter die Armutsschwelle zu sinken. Andererseits weitet sich jener Sektor aus, in dem Perspektivlosigkeit, Not und Verelendung die Lebenslagen der Menschen bestimmen.

Globalisierung wirkt im Rahmen der Standortpolitik als „soziales Scheidewasser“, das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinner und Verlierer/innen, diese wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarmer) einerseits sowie in Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarmer) andererseits spaltet. Was man „Dualisierung der Armut“ nennen kann, reproduziert die „klassische“ Doppelstruktur sozialer Ungleichheit auf erweiterter Stufenleiter: Während die Dauerarbeitslosen ohne Hoffnung auf Reintegration den „sozialen Bodensatz“ bilden, verkörpern die Niedriglohneempfänger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend, eher das „Treibgut“ des Globalisierungsprozesses.

Aufgrund der „US-Amerikanisierung“ der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsstaates zeichnet sich heute in Deutschland auch eine „US-Amerikanisierung“ der Sozialstruktur ab. An die Stelle einer Politik des „sozialen Ausgleichs“, wie sie das Grundgesetz fordert, trat seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 eine Politik der Ausgrenzung von Bedürftigen, Benachteiligten und Behinderten, die sich im Gefolge der Wiedervereinigung 1989/90 sowie der Globalisierung des Kapitals, der Finanzmärkte und des Handels radikalisierte. Sozialpolitik erscheint dem Neoliberalismus als heute dominanter Wirtschaftstheorie und Gesellschaftsphilosophie nicht als Mittel, um die Integration der Gesellschaft zu garantieren, sondern als Ballast und purer Luxus, den sich keine Volkswirtschaft mehr leisten könne.

Gerechtigkeit, so heißt es vielfach, vermittele der Markt und größere Ungleichheit sei der Motor gesellschaftlicher Entwicklungsdynamik, lautet die Botschaft neoliberaler Stichwortgeber. Entstehen soll ein gesellschaftspolitischer Konsens, der ökonomische Entscheidungen als fast naturgesetzlichen Sachzwang darstellt, wodurch sie im Grunde keiner politischen Legitimation mehr bedürfen. (Sozial-)Politik verkommt zur Anpassung an diese vermeintlichen Erfordernisse.

Der Referent vertritt die Auffassung, dass „Standortsicherung“ um (fast) jeden Preis nicht nur den Sozialstaat, vielmehr auch die Demokratie gefährde. Das erbitterte Ringen um Vorteile gegenüber anderen Wirtschaftsstandorten sei ein ruinöser Wettkampf, bei dem neben sozialen Errungenschaften auch politische Beteiligungsmöglichkeiten und ökologische Minimalstandards auf der Strecke bleiben.

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine letzte Buchveröffentlichungen: *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, Frankfurt am Main/New York 2009 (Campus Verlag)